

Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Albrechtshain, Ummelshain, Bencha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fischhain, Groß- und Kleinsteinbach, Klinga, Köhra, Lindhardt, Domzen, Standorf, Threna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtsbeamtenkasse, Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Gebührt wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr.
Bezugspreis: Monatlich ohne Illustration 1.50 Mk., Post ohne Beistieg monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Erstattung der Zifferung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gespaltenen Petitsätze 20 Pf., einfache 50 Pf., Reklameblatt (Sglp.) 50 Pf. Tafell. Satz 50% Aufschlag. Bei unbestimmt geschrieben, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Strafmauer nicht haftbar.

Heftzettel: Amt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Güns & Gute, Naumburg bei Leipzig, März 5

Nummer 48

Donnerstag, den 19. April 1928

39. Jahrgang

Amtliches.

Freitag, den 20. ds. Mon., vorm. 11 Uhr sollen in Naumburg im Rathaus "Gambinius" 1 Gesetzlich, 1 Garnitur Puddingmöbel, 1 Schreibtisch u. v. m. meistbietet gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Grimma, am 19. April 1928. Qu. I 3759, 4402/27.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Nationalwirtschaft.

Über einen Mangel an Organisationen jeder Art können wir uns in Deutschland wirklich nicht beklagen, eher über einen solchen einer Zusammensetzung gleich- oder ähnlich gerichteter Organisationen. Allzusehr und allzu leicht sind Organisationen bestrebt, ein eigenbröderliches Ziel zu führen, namentlich wenn es sich um solche auf wirtschaftlichem Gebiet handelt. Aus dem Zweck für andere wird der Zweck für sich, für die eigene Organisation. Im wohltuenden Gegensatz dazu stehen die deutschen Industrie- und Handelskammern als die amtlichen Gesamtvertretungen der Unternehmer in Industrie, Handel, Bant, Verkehr usw. Aber auch sie vertreten doch nur einen Teil der Wirtschaft, neben ihnen bestehen noch die Handwerks- und die Landwirtschaftskammern als Sondervertretungen bestimmter Wirtschaftszweige. Wenn jetzt unter großer Beteiligung ihre Spitzenorganisation, nämlich der Deutsche Industrie- und Handelstag, in Berlin eine Tagung abhält, so will man sich dabei doch nicht von jenen beiden anderen Wirtschaftszweigen isolieren, sondern die deutsche Wirtschaft in ihrem Gesamtzustand, ihren Gesamtinteressen und Gesamtbedürfnissen behandeln und befreien. Darum ist beispielweise gleich von vornherein ein besonderer Vortrag des früheren Reichsernährungsministers Dr. Hermes über die Stellung und die Aufgaben der Landwirtschaft vorgesehen worden.

Es ist gerade im letzten Jahre, als die Not der Landwirtschaft immer deutlicher sichtbar wurde, so oft von einem gewissen Gegenzug zwischen den Tendenzen gesprochen worden, die unsere Industrie, damit auch die Wirtschafts- und Handelspolitik des Reiches, versorge, und jenen, die von der Landwirtschaft angestrebt werden. Von einem solchen Gegenzug zu sprechen, ist aber wohl nicht richtig. Gewiss hat die Industrie im Interesse ihrer Arbeiterschaft immer größeres Gewicht darauf gelegt, die Kosten der Lebenshaltung, also vor allem der Ernährung, auf einem möglichst niedrigen Stand erhalten zu wissen, aber andererseits weiß sie, daß eine lebenskräftige deutsche Landwirtschaft für die Kaufkraft des Innernmarktes von entscheidender Bedeutung ist. Sie weiß ferner, daß diese Lebens- und Produktionskraft der Landwirtschaft auch für die Aktivierung unserer Handelsbilanz ebenso wichtig ist wie die Bemühungen, den deutschen Export zu steigern. Auf der anderen Seite bedeutet eine industrielle Krise eine Gefährdung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte, — kurz, man kann, um nur bei diesen paar Beispielen zu bleiben, wirklich von einer Gesamtverschränkung und einem Gesamtzweig sprechen. Gewiss werden Sondervertreter im Interesse einzelner Wirtschaftszweige nicht ausbleiben und sollen es auch nicht, wenn es in einzelnen besonders dringende Not vorliegt. Aber in dem Gesamtüberblick und in der Gesamtbeurteilung, die der Zweck gerade dieser Tagung sind, wird man leicht die mittlere Linie finden.

Die Tagung erfolgt zu einer Zeit, da viele schon glauben, daß der Höhepunkt unserer Wirtschaftskonjunktur überschritten ist und wir uns auf dem absteigenden Ast zu bewegen beginnen. Es läuft sich auch nicht leugnen, daß gerade der deutsche Industrieexport nicht bloß stark behindert ist durch die Zollmauern, die die anderen Länder um sich gezogen haben, sondern auch durch die Höhe der eigenen Produktionskosten. Unsere Waren sind zu teuer geworden für das Ausland, dazu die Konkurrenz viel stärker, und man nimmt von uns in der Hauptrichtung nur das, was man unbedingt braucht. Sicherlich wird auf der Tagung auch nicht vergessen werden, daß alle deutschen Wirtschaftszweige insgesamt unter dem einen gleichen und immer noch nicht verhinderten, sondern eher sich noch steigernden Druck zu leiden haben: das sind die östlichen Lasten und Abgaben. Bisher ist nichts geschehen, sie durch eine Unionorganisation der Verwaltung herabzudrücken, obwohl dies ebenso laut wie mit gutem Recht von der deutschen Gesamtwirtschaft gefordert worden ist und angesichts der dringenden Notwendigkeit auch radikal erfolgen müßte. Über nicht nur darin trifft sich das Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft, sondern gerade die Entwicklung des letzten Jahrzehnts hat alle Zweige dieser Wirtschaft darauf hingestochen, daß des einen Leid noch längst nicht des anderen Freut ist, sondern daß man wirklich nur von einer Nationalwirtschaft mit gemeinsamen Leidern und hoffentlich auch mit gemeinsamen Freuden sprechen kann.

Riesenbrand in Japan.

Tokio. Ein gewaltiger Brand vernichtet in Hiroshima mehr als 1000 Häuser, darunter Schulen, Kirchen und Banken. Der Schaden beträgt über eine Million Yen. Menschenleben sind nicht zu beziffern.

Deutscher Handel – deutsche Industrie

Industrie- und Handelstag in Berlin.

48. Vollversammlung.

Die Reichshauptstadt beherbergt zurzeit die bedeutendsten Vertreter der deutschen Industrie und des deutschen Handels zu ihren überaus wichtigen Verhandlungen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag wurde bereits Dienstag abend durch ein Festmahl in den Kröll-Gefällen eingeleitet, zu dem die Spitzen der Reichsregierung und eine große Anzahl anderer bedeutender Persönlichkeiten erschienen waren. Nach der Begrüßungsansprache des Präsidenten des Industrie- und Handelstages, Franz v. Mendelssohn, dankte Reichswirtschaftsminister Dr. Göring im Namen der Reichsregierung und der Gäste. Er betonte dabei, daß die Reichsregierung die Arbeiten des Deutschen Industrie- und Handelstages und der Industrie- und Handelskammern mit regem Interesse verfolge. Im Reichstag trat dann Mittwoch früh die 48. Vollversammlung des Industrie- und Handelstages zusammen.

Wieder waren zahlreiche Vertreter der Reichsregierung — darunter Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und Reichsfinanzminister Dr. Köhler — sowie Vertreter der Länderregierungen erschienen. Präsident von Mendelssohn eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, in der er die Vertreter des Reiches und der Länder begrüßte, und kam dann u. a. auf den Dawes-Plan und das Londoner Abkommen zu sprechen; heute wäre man noch deutlicher als vor dem Abkommen nicht der Weisheit letzter Schluss liege. Der Redner stellte dann die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika, die er als besonders erfreulich bezeichnete.

Reichsaufßenminister Dr. Stresemann

nahm nunmehr das Wort und rief die Erinnerung wach an die Kundgebung des Industrie- und Handelstages vom August 1923. Damals habe er, der Redner, davon gesprochen, daß wir im deutschen Volk doch die Räume um die Staatsform zurückstellen sollten angesichts der Wirtschaftskrisis. Dem Minister scheint es, daß diese Mahnung auch heute noch ihre Bedeutung nicht verloren hat, da wir noch weit entfernt seien von der Überwindung der Wunden des Krieges und der Nachkriegszeit. Während andere Erdteile ihre Wirtschaft um 30—40 Prozent über die Vorriegszeit gestiegen haben, hat Europa noch nicht einmal den Stand von 1913 erreicht. Das sollte wie ein Alarmruf wirken auf die europäischen Länder zur wirtschaftlichen Verbündigung und Zusammenarbeit. Dr. Stresemann führte weiter u. a. aus:

Der Präsident erwähnte die Freigabe deutschen Eigentums in Nordamerika. So war ich die materielle Bedeutung dieser Maßnahme empfunden, höher erscheint mir für die Zukunft der Völker die soziale. Wir leiden unter den Reparationslasten,

die Verkehr und Industrie hemmen. Wenn wir einen Aufbau der deutschen Wirtschaft wollen, dann muß die Wirtschaft in der Lage sein, wieder von ihren eigenen Überflüssen etwas hineinzustellen in das Unternehmen. Das ist auch die beste Steuer- und Sozialpolitik. Drei Drittel unseres ganzen Ausfuhr gehen nach Europa. Schon daraus ergibt sich die Gemeinsamkeit des Interesses aller europäischen Völker an einem Wiederausbau der europäischen Gesamtwirtschaft. Im Anschluß an einen Hinweis auf die verschiedenen in der letzten Legislaturperiode abgeschlossenen Handelsverträge ludte Dr. Stresemann aus: Schon die Tatsache, daß wir eines Tages aus dem Dawes-Abkommen eine feste Endsumme ohne Transfer allein aus unserer Ausfuhr zu verzinsen haben, nötigte uns zur Exportwirtschaft. Alle Parteien sind der Landwirtschaft in ihrer Not entgegengekommen. Wir müssen aber andererseits auch von der Landwirtschaft Verständnis dafür verlangen, daß wir mehr als in der Vorriegszeit zum Export gezwungen sind. Der notwendige Schutz des Inlandsmarktes muß immer im Zusammenhang stehen mit der Erhaltung unserer Exportmöglichkeit. Wir können nur eine Wirtschaftspolitik treiben, wie sie in unseren Handelsverträgen niedergelegt ist.

Das Wort von der Revision des Dawes-Pakts bedeutet doch, daß wir eines Tages eine feste Summe verzinsen sollen ohne den Druck des Transferragenten. In dem Augenblick müssen wir uns fragen: Was werden Überflüsse können wir unter Verpflichtungen zahlen? Das ist natürlich nur aus den Überflüssen der Ausfuhr möglich.

Wir dürfen nicht in den Fehler der Vorriegszeit zu verfallen, daß wir die psychologische Wirkung internationaler Kundgebungen wie der Weltwirtschaftskonferenz unterschätzen. Trotz aller Hemmnisse, die uns entgegenstehen, müssen wir mit Vertrauen und einem gewissen Optimismus das Vertragswerk fortführen, das uns zur internationalen Verständigung führen soll. Ein bewußtes internationales Zusammenwirken ist die beste nationale Arbeit zur Wiederherstellung des Einflusses, den wir einst in der Weltwirtschaft hatten und den wir hoffen wieder zu erlangen. Wir streben auf auf dieser Grundlage eine

Bekämpfung.

dagegen zunächst die bedrangte europäische Wirtschaft wieder zu bringen. Wir fordern Sie alle zur Mitarbeit an diesem Bekämpfungswerk auf, um eine Lösung zu erreichen, die uns durch Kooperation zur Freiheit bringt und uns die Möglichkeit gibt, wenn auch nach Übernahme großer Lasten auf unsere lebende Generation, doch eine bessere Zeit herzuzuführen für die Generation, die noch kommt.

Die Rede Stresemanns wurde mit großem Beifall und Handklausklang aufgenommen und Präsident von Mendelssohn erklärte, daß der starke Beifall den tiefen Eindruck beweise, den die hochbedeutenden Ausführungen des Ministers gemacht haben.

Namens des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe überbrachte darauf Staatssekretär Dr. Seefeld Grüße und beste Wünsche. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Tradition des ständigen Bereitwilligkeit des Industrie- und Handelstages zur Mitarbeit förderlich würde zum Besten der deutschen Industrie und des deutschen Handels.

Die Lage der gewerblichen Wirtschaft

behandelte als erster Redner der Tagesordnung Generaldirektor Erich Gabbert, Kunstschn. Der Redner nahm auf ausführliche Darlegungen über die augenblicklichen Verhältnisse zu dem Schluß, der deutschen Qualitätswirtschaft müsse auf dem Weltmarkt höhere Geltung verschafft werden. Trotz aller Schwierigkeiten können wir den Glauben an eine günstige Entwicklung der deutschen Industrie behalten angesichts der Arbeitsstabilität und Arbeitskraft des deutschen Volkes, des Pflichtgebiets der Arbeiter, der Beamten und der Angestellten und der Initiative und des Verantwortungsbewußtseins des deutschen Unternehmers in allen Wirtschaftszweigen.

Wirtschaftsfragen der Reichsbahn

behandelte Dr. G. H. Siemens, Berlin. An Äußerungen über den Abschluß des Verwaltungstaats auf Beantragung einer Tariferhöhung aufknüpfend, erklärte der Redner, daß eine ganze Reihe falscher Vorstellungen über die finanziellen Maßnahmen der Deutschen Reichsbahngesellschaft vorhanden sei. Der Redner erläuterte seine Vorstellungen eingehend. Da mit Sicherheit die Deutsche Reichsbahngesellschaft den Kapitalmarkt einschließlich des ausländischen Jahr für Jahr in Anspruch nehmen müsse, so sei es für sie von besonderer Wichtigkeit, daß sie jenes Vertrauen in ihre Wirtschaftsführung nicht förmlich werde. Dies würde aber in demselben Augenblick eintreten, in dem ein Jahr ihrer Betriebsführung mit einer Unterbilanz abschließe.

Über Stellung und Aufgaben der Landwirtschaft

in der deutschen Wirtschaft sprach Reichsminister a. D. Dr. Hermann. Nach Schilderung der Lage forderte der Redner bestreite Verstärkung der Landwirtschaft. So sehr der Redner sich für alle berechtigten Wünsche für Fortschritt der deutschen Landwirtschaft einzeth, so sehr betonte er, daß man stets die deutsche Wirtschaft als Ganzes betrachten muß.

Die deutsche Wirtschaftspolitik.

Auf die Tauer bedürfe Deutschland einer Steigerung der Ausfuhr und einer Senfung der Einfuhr, allerdings ohne Merkantilismus. Die deutsche Handelspolitik habe unter größten Schwierigkeiten mit Erfolg in diesem Sinne gearbeitet. Auch Handelspolitik müsse auf längere Sicht gemacht werden und die Zollpolitik abzuschließen.

Entschiebung des Industrie- und Handelstages.

Berlin. Als Abschluß seiner Tagung bat der Deutsche Industrie- und Handelstag eine umfangreiche Entschiebung angenommen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Lage der deutschen Wirtschaft eben jetzt an der Schwelle einer wirtschaftlichen und politisch entscheidungsvollen Zeit befindet und schwierig sei. Die Resolution verlangt deshalb von den in der Wirtschaft Tiefenden Verbesserung und Verstärkung der Produktion, Einstellung auf Steigerung des Außenhandels, strenge Prüfung von Kapitalaufwendungen wie Kredit beanspruchungen, auf ihren wirtschaftlichen Ertrag hin, Weg der Wirtschaft im besondern zur Steigerung der deutschen Ausfuhr, Mitarbeit an den Bemühungen um Steigerung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und um Senfung des Einfuhrbedarfs sowie stärkere Beteiligung am öffentlichen Leben. Vom Staat fordert die Resolution, daß praktisch Bekanntheit zur Privatwirtschaftsordnung

Deutschland und der Kriegsverzicht.

Prüfung der amerikanischen Vorschläge. Die von dem amerikanischen Vorschlag überreichte Note des Staatssekretärs riclogg über den Abschluß eines allgemeinen Kriegsverzichtsvertrages ist im Auswärtigen Amt zu Berlin geprüft worden. Die Verhandlungen sind abgeschlossen, so daß die Note jetzt in einer der nächsten Kabinettssitzungen beraten werden kann. Natürlich wird es zu einer endgültigen Beschlusffassung zunächst noch nicht kommen, um so mehr als auch neue französische Vorschläge vorher noch geprüft werden sollen. Soviel steht fest, daß die amerikanischen Vorschläge in Berlin eine sympathische Aufnahme gefunden haben und daß auch die Rechtsabteilung der Reichsregierung Bedenken gegen die Verwirklichung nicht zu haben glaubt.

Französische Gegenpläne.

Die französische Regierung wird im Laufe dieser Woche den Regierungen von Deutschland, England, den Vereinigten Staaten, Japan und Italien nicht einen Gegenentwurf für den von Kellogg vorgeschlagenen Antikriegspakt, bestehend aus drei oder vier Artikeln und den Vorbehalten, die die Lage erhebliche unterstreiten, sondern gleichzeitig auch eine erläuternde Note, die nicht wesentlich von der abweichen werde, die Frankreich am 26. März in Washington überreichen ließ.